



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

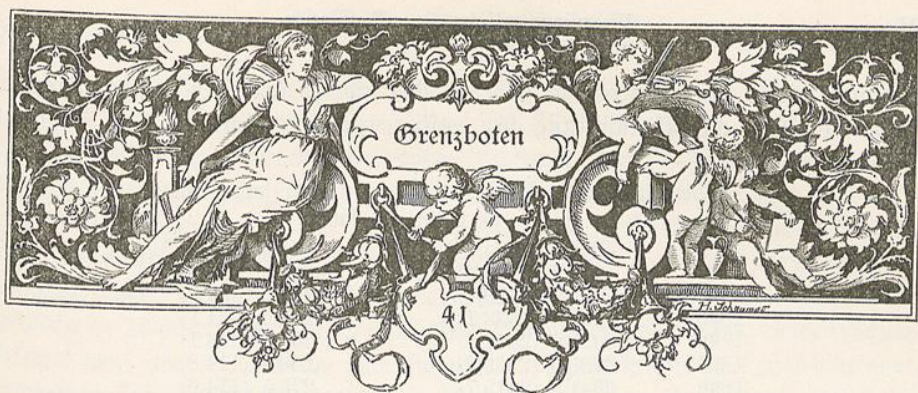
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die wirtschaftliche Lage Rußlands



Unser Interesse wird durch den Zusammentritt von Reichstag und Zolltarifkommission in erhöhtem Grade auf die Länder gelenkt, mit denen uns handelspolitische Beziehungen verbinden. Da unter diesen unser östlicher Grenznachbar für die zu erneuernden Handelsverträge in erster Reihe in Betracht kommt, ist es Pflicht der öffentlichen Meinung, soweit sie auf die deutsche Politik und Volkswirtschaft einen berechtigten Einfluß ausüben will, sich mit der augenblicklichen wirtschaftlichen Lage Rußlands bekannt zu machen, um beurteilen zu können, wie weit man bei einem künftigen Vertrage seinen eignen wirtschaftlichen Vorteil wahren kann, ohne seine Anforderungen dem andern Teil gegenüber unpolitischerweise höher zu spannen, als in dessen Leistungsfähigkeit liegt. Daß diese, das wirtschaftliche Rüstzeug unsers Nachbarn für einen etwa in Frage kommenden Zollkonflikt, nicht so hoch ist, daß wir mit Besorgnis dem spannenden Augenblick entgegenzusehen brauchen, wo durch die Erneuerung des Handelsvertrags der Grundstein für ein weiteres Dezennium unsrer wirtschaftlichen Entwicklung gelegt werden soll, dafür will nachstehende Betrachtung den Beweis erbringen.

Die Finanzen

Die Gesamtwirtschaftslage eines Landes findet allgemein ihren Ausdruck in seinen Staatsfinanzen und seiner Kreditfähigkeit. Wenn man aber auch bei Rußland ohne weiteres einen Schluß von seinen Staatshaushaltsszahlen, wie sie vom Finanzminister von Witte veröffentlicht werden, auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ziehen wollte, würde man stark irre gehn. Rein finanzpolitisch betrachtet ist ja ein Fortschritt in der Finanzlage des russischen Staates nicht zu bestreiten. Die Konversion der Staatsschulden aus 5- und $4\frac{1}{2}$ prozentigen in 4- und $3\frac{1}{2}$ prozentige, die allmähliche Verstaatlichung der Eisenbahnen, der erfolgreiche Kampf gegen die Rubelspekulation, die zur Durchführung der Währungsreform nötige Anhäufung eines Goldschazes, die gänzliche Tilgung der „schwebenden Schuld,“ die 1888 noch über $\frac{1}{2}$ Milliarde Rubel betrug, und endlich die Einführung der Goldwährung und damit die Hebung und Festigung des russischen Staatskredits — das sind etwa die

Etappen dieses Fortschritts der hier in Betracht kommenden letzten Periode. Auch das Bild der Entwicklung der russischen Staatsschuld ist an sich nicht unerfreulich:

	Die Staatsschuld betrug:	Die Zinsen dafür:
	in Millionen Rubel	
1892	5389,2 (1935,0)*)	262,6 (75,4)*)
1893	5434,1 (2027,4)	273,3 (75,5)
1894	5830,6 (2219,5)	277,5 (89,0)
1895	6592,6 (2333,1)	285,0 (104,1)
1896	6615,0 (2347,7)	268,2 (113,1)
1897	6735,4 (2323,0)	260,4 (114,8)
1898	6341,9 (2415,7)	273,5 (114,6)
1899	6265,0 (2439,3)	275,8 (117,3)
1900	6233,7 (2784,5)	267,0 (112,3)
1901	6193,4 (2805,6)	274,9
1902	6497,3 (3551,6)	286,5 } Voranschlag

Dieses Bild erscheint auf den ersten Blick um so vorteilhafter, als erstens die Verzinsung im letzten Jahrzehnt ganz unbedeutend gestiegen ist — eine Folge der in den Jahren 1894 bis 1897 vorgenommenen Konvertierungen; und zweitens die Eisenbahnschuld 1902 fast das Doppelte der von 1892 beträgt, während die Gesamtschuld nur um etwa 17 Prozent gestiegen ist; eine Eisenbahnanleihe ist aber für gewöhnlich eine produktive Anlage. Für eine Kritik aber, die vorurteilslos der Sache auf den Grund geht, verändert sich das Bild der russischen Finanzlage bedeutend.

Um in der Widerlegung mit dem letzten scheinbaren Vorzug anzufangen: In Rußland rentieren sich die Eisenbahnen bis jetzt nicht, sie haben in den ersten vierzehn Jahren ihres Großbetriebes (1887 bis 1900) einen Staatszuschuß von 200,1 Millionen Rubel gebraucht, und für die sieben Jahre 1896 bis 1902 (für das letzte Voranschlag) läßt sich sogar ein Staatszuschuß von 300 Millionen Rubeln herausrechnen.

Die Gründe hierfür liegen erstens in dem teuren Erwerb und Bau — die Verstaatlichung erfolgte meist zu sehr hohem Kurs, der Bau kostet im Durchschnitt 20 Prozent mehr als in Deutschland; zweitens in unrationeller übereilter Anlage, woraus sich ständige sehr kostspielige Ausbesserungen ergeben — so erhält z. B. schon jetzt die sibirische Bahn stärkere Schienen, weil die bisherigen nicht genügen —; drittens im geringen Frachtenverkehr, der in Deutschland auf dieselbe Betriebslänge fast das Vierfache beträgt. Trotzdem daß für absehbare Zeit eine Besserung der russischen Eisenbahnkonjunktoren nicht zu erwarten ist, muß das Bahnnetz doch immer noch weiter ausgebaut werden, wenn Rußland nichts an seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung einbüßen will. Während in Deutschland nämlich auf 1000 Quadratkilometer etwa 100, in Frankreich 84 Kilometer Eisenbahnen kommen, sind es in Rußland nur 9 Kilometer!

Was nun die Höhe der Gesamtstaatsschuld betrifft, so muß man zunächst feststellen, daß an ihrer absoluten Zahl fehlen 1. die dem Staat zur Verfügung stehenden Vardépôts der Staatssparkassen (eingezahlte Ersparnisse der

*) Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Eisenbahnschuld und -Zinsen und sind in der nebenstehenden Zahl mit enthalten.

Bevölkerung), die nichts anderes als eine regelrecht zu verzinsende innere Anleihe sind; sie betragen am 1. Mai 1902: 742 Millionen Rubel. Und 2. die vom Staat garantierten Privatbahnanleihen, die finanzpolitisch genau die Bedeutung direkter Staatsanleihen haben und 400 Millionen Rubel betragen. Rechnet man diese Summen, sowie die am 3. April d. J. in Berlin emittierte Anleihe von 182 Millionen Rubeln zu den von Witte am 1. Januar 1902 angegebenen Zahlen hinzu, so erhält man den augenblicklichen Stand von 7821,3 Millionen Rubeln = 16894 Millionen Mark. Zum Bewußtsein der Höhe dieser Summe kommt man aber erst, wenn man sie in die richtige Beziehung zum Nationalvermögen bringt. Dieses beträgt in Rußland auf den Kopf 1000 Mark, die Verschuldung 130 Mark, in Deutschland beträgt das Nationalvermögen auf den Kopf etwa 3000 Mark, die Schuld 231 Mark; würde also der Russe in demselben Verhältnis wie der Deutsche belastet sein, so dürften auf die Person nur 77 Mark entfallen, während in der That mit 130 Mark fast das Doppelte erreicht wird.

Doch das mag noch hingehn! Viele werden den Standpunkt Wittes teilen, daß die Aufnahme so zahlreicher und hoher Anleihen notwendig war im Interesse der Eisenbahnpolitik, die den Vorsprung des übrigen Europas in Wirtschaft und Kultur schneller einholen sollte, als dies in der langsamern aber gesünderen Entwicklungsform z. B. Deutschlands möglich gewesen wäre. Doch diese Kapitalanlage konnte und kann nur geschehn in der Voraussetzung, daß sie sich einmal gut rentieren werde. In Frage kommt hier die Zeit, in der dieses Rentieren eintreten soll, und das ist der springende Punkt, wo unsre Kritik einsetzen muß: Werden die Stützen der russischen Finanzpolitik halten, bis ein klingender Erfolg gezeitigt ist, oder werden sie vorher zusammenbrechen?

Zur Belehrung über diese Stützen, die Steuerkräfte des Landes, muß ein kleiner Überblick über das Staatsbudget vorausgeschickt werden.

Da Voranschläge und Ausführung des Budgets in Rußland neuerdings nur wenig voneinander abweichen, wollen wir uns mit dem neusten Material, dem Voranschlage für 1902, bekannt machen, dessen Einnahmen, in Summa 1947 Millionen Rubel, sich aus folgenden Hauptposten zusammensetzen:

1. Direkte Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer usw.): 130,5 Millionen Rubel, davon Grundsteuer 47 Millionen Rubel. 2. Indirekte Steuern: Getränkesteuer 34,6 Millionen Rubel, Tabak 43 Millionen, Zucker 69,4 Millionen, Naphtha 27 Millionen, Zündhölzer 7,4 Millionen, Zölle 205,7 Millionen; zusammen 387,1 Millionen Rubel. 3. Gebühren (Stempel-, Gerichts- usw.): 91,9 Millionen Rubel. 4. Regalien: Bergwerke, Post, Münze 58,9 Millionen, Schankmonopol 462,8 Millionen; zusammen 521,7 Millionen Rubel. 5. Einnahmen aus Staatsbesitzum: 508,4 Millionen Rubel, davon die Eisenbahnen 396 Millionen Rubel. 6. Ablösungszahlungen der Bauern: 86,4 Millionen Rubel. Außerdem noch einige unbedeutende Summen, die hier nicht in Betracht kommen.

Für die Beurteilung der einzelnen Posten bezüglich ihrer Aufbringung möchte ich die hauptsächlichsten in folgende Gruppen teilen: 1. Die Zölle,

die mit 205 Millionen Rubel über 11 Prozent der Einnahmen betragen. Sie schädigen einerseits in ihrer Höhe die gerade genügend daniederliegende Landwirtschaft durch Verteuerung landwirtschaftlicher Maschinen und haben andererseits eine Industriekrisis nicht verhindern können; ihr Nutzen ist also auf die Dauer problematisch. 2. Der Branntwein. Er liefert mit 497,4 Millionen Rubel 28 Prozent des Budgets 1902 und zwar durch die Branntweinsteuer und das Monopol. Die Branntweinsteuer versagte in demselben Maße, wie die Kaufkraft der Bevölkerung infolge Steuerdrucks und Mißernten Jahr für Jahr nachließ. Die jedesmalige Antwort darauf war die Erhöhung der Steuerätze, die jetzt $2\frac{1}{2}$ mal so hoch wie in Deutschland sind. Wenn dies auch die absoluten Erträge steigerte, so verminderte sich doch erneut der Konsum, sodaß schließlich ein Versagen dieser Methode zu befürchten war, und das Schankmonopol eingeführt wurde. Dieses machte die Schankwirte brotlos, raubte den Gemeindefassen die Lizenzgebühren und vergrößerte dadurch die Steuerrückstände, was auch von der Regierung offen zugegeben wird. Hier wird also mit der einen Hand genommen, was die andre giebt. 3. Die Eisenbahnen. Überschüsse existieren hier, wie schon erwähnt worden ist, nur in Wittes Fiktion, in Wirklichkeit schießt der Staat bis jetzt zu. 4. Die Landwirtschaft. Da Zölle und Branntwein keine dauernde Sicherheit bieten, die Bahnen sogar Zuschüsse brauchen, eine allgemeine Einkommensteuer aber in Rußland fehlt, muß sich der Staat an die Landwirtschaft halten, die durch 84 Prozent der Bevölkerung vertreten wird. Wenn man mit Rücksicht auf die geringere Kaufkraft der Landbevölkerung von den in Gruppe 2 aufgeführten indirekten Steuern (außer Zöllen) der Landwirtschaft nur 50 Prozent statt 84 Prozent zur Aufbringung anrechnen will, so betragen ihre Lasten für 1902 an indirekten Steuern (außer Zöllen) 90,9 Millionen, an Grundsteuern 47 Millionen, an Ablösungsgeldern 86,4 Millionen; zusammen 224,3 Millionen Rubel.

Wie bringt nun die Landwirtschaft, die Hauptstütze des Budgets, diese hohen Summen auf? Hauptsächlich durch den Verkauf und den Export von Getreide, also durch eine von der Regierung gewissermaßen erzwungne Maßnahme, die mit ihren Folgen zu besprechen die Pflicht einer erschöpfenden Darstellung der wirtschaftlichen Lage Rußlands ist.

Die Landwirtschaft

Es betrug in den sechzig europäischen Gouvernements Rußlands (vom 1. Juli bis zum 30. Juni gerechnet):

	die Ernte	die Ausfuhr
	in Mill. Zentnern:	
1	2	3
1897/98	817,2	145,2
1898/99	955,7	101,9
1899/1900	1085,2	69,1
1900/01	1057,1	116,9
1901/02	915,7	133,2

Aus dieser Tabelle sieht man, daß die Menge der Ausfuhr nicht eine unmittelbare Folge der Ernte ist, wie man zunächst annehmen sollte, da die Jahresausfuhrberechnung vom 1. Juli bis zum 30. Juni erfolgt ist, also die

Ausfuhrzahl immer das Spiegelbild der letzten Ernte sein müßte. Man erfährt vielmehr, daß trotz einer Steigerung der Ernten von 1897 bis 1899 die Ausfuhr in den drei entsprechenden Rechnungsjahren gefallen ist, dann aber bis 1901/02 steigt, trotz zurückgehender Ernten.

Für die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Ernte, also Produktion, und Export muß zunächst festgestellt werden, daß das russische Zentralkomitee zur Hebung des Notstands im Schwarzerdegebiet als Mindestjahresbedarf für den Kopf der Bevölkerung 300 Kilogramm Getreide für notwendig erachtet hat. Zieht man, unter Zugrundelegung dieser Zahl, für den Gesamtgetreideverbrauch der Bevölkerung Rußlands Saatgetreide und Ausfuhr von der jedesmaligen Jahresernte ab, so erfährt man, daß für den Verbrauch des Volkes

	fehlten:	mehr vorhanden waren:
	in Mill. Zentnern:	
	4	5
1897/98	179,9	
1898/99	14,6	
1899/1900		107,0
1900/01	105,3	
1901/02	135,4	

Rußland hätte demnach nur im Jahre 1899/1900 soviel Getreide — oder etwas mehr — ausführen dürfen, als es thatsächlich ausgeführt hat, in den andern Jahren dagegen den Fehlbetrag in Spalte 4 weniger — das heißt also für die Jahre 1897/98 und 1901/02 hätte es noch Getreide einführen müssen, wenn für den Kopf das Mindestmaß von 300 Kilogramm vorhanden sein sollte. Thatsächlich sind zum Verbrauch für Kopf und Jahr geblieben im Durchschnitt dieser fünf Jahre 270 Kilogramm, wogegen der Getreideverbrauch in Durchschnitt pro Kopf beträgt in Osterreich-Ungarn 397 Kilogramm, in England 440 Kilogramm, in Deutschland 463 Kilogramm, in Frankreich 560 Kilogramm, in Dänemark 950 Kilogramm, in den Vereinigten Staaten 1031 Kilogramm. Wenn hierbei auch, besonders in Nordamerika und Dänemark, Getreide in erhöhtem Maße zu Gewerbezwecken, Brennereien, Brauereien usw., sowie zur Viehfütterung benutzt wird, so muß doch die in Rußland hierfür verwandte Menge, wenn sie auch geringer ist, ebenfalls von dem für den Kopf verbleibenden Getreide bestritten werden. Zieht man hierbei noch in Betracht, daß sich der reiche Bürger den Luxus des Sattessens — in Rußland kann man's kaum anders nennen — in vollem Maße erlaubt, so kommt man zu dem Schluß, daß der arme Mann, der Bauer noch nicht einmal die 270 Kilogramm im Durchschnitt der letzten fünf Jahre verbraucht hat, also auf deutsch: fast beständig gehungert hat.

Daß thatsächlich der ärmere Bauer zumeist in dieser traurigen Lage ist, ist allgemein bekannt, nicht aber, welchen Grad und welche Ausdehnung dieser Zustand oft erreicht. Ohne daß in Einzelheiten eingegangen wird, soll hier nur erwähnt werden, daß sich allein der letzte Notstand (1901/02) auf fünfzehn europäische Gouvernements mit 35 Millionen Einwohnern und das ganze Getreidebauende Westsibirien mit $5\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern erstreckt hat, und daß die Staatsaufwendungen (in Rußland leistet außerdem die Privathilfe oft mehr als der Staat) dafür $27\frac{1}{2}$ Millionen Rubel überstiegen haben. (Preußen hat

für den Notstand 1901 leihweise $3\frac{1}{2}$ Millionen Rubel ausgegeben.) Nach Schätzungen der im Notstandsgebiet thätigen Ärzte gab es im verfloffenen Jahre in vielen Gouvernements Skorbutkranke (die Folge andauernden Hungers) nicht nach Tausenden, sondern nach Zehntausenden. Aber auch der sonst so bedürfnislose russische Bauer hält die Unterernährung auf die Dauer nicht aus, und so muß von der Regierung — auch bei einer bessern Ernte — durch Steuernachlaß der Ausfuhr Einhalt gethan werden, damit der Bauer wieder zu Kräften kommen kann.

Daß die russische Landwirtschaft jedenfalls augenblicklich nicht in der Lage ist, der an sie gestellten Anforderung gerecht zu werden, eine auf wirklicher Überproduktion ruhende Getreideausfuhr zu bewerkstelligen, dürfte vorstehend nachgewiesen sein. Am Platze sind darum die Fragen: Warum wird augenblicklich so wenig produziert? Und: Wodurch und in welcher Zeit kann die Produktion bis zur nötigen Höhe gesteigert werden?

Die Gründe für die geringe Produktion liegen weit zurück; sie haben ihren Ursprung hauptsächlich in der Bauernbefreiung von 1861. Danach wurden die bis dahin leibeigenen Bauern mit Land bedacht, das den Gütern entnommen wurde, die Gutsbesitzer aber wurden durch Geldsummen vom Staate entschädigt, die den Bauerngemeinden als Schuld gebucht wurden in der trügerischen Voraussetzung, die Tilgung würde durch die nunmehr freien Bauern leicht erfolgen können. Die Verteilung des Landbesitzes stellte sich nach offizieller Statistik für den Anfang der neunziger Jahre (außer für Polen und Finnland) folgendermaßen: 155 Millionen Hektar Staatsland, 135 Millionen Hektar Bauernland, 95 Millionen Hektar Privateigentum. Ein verhältnismäßig kleiner Teil gehört der Krone, der Kirche und einigen Städten.

Das Staats Eigentum liegt größtenteils im Norden, besteht hauptsächlich aus Wald oder Unland und kommt darum agrarisch nicht in Betracht. Von Privateigentum besitzt der Adel etwa neunzig Prozent, der Rest verteilt sich unter Kaufleute, Bürger usw. Der Adel hat die bei der Bauernbefreiung erhaltenen Ablösungsgelder vielfach unproduktiv aufgebraucht; er schritt dann zur Hypothecierung seiner Güter und griff, nachdem auch diese Summen hingschwunden waren, das Kapital seiner Wälder an, womit er auch die klimatischen Verhältnisse ungünstig beeinflusste. Waren die Varmittel erschöpft, so hörte die gutherrliche Eigenwirtschaft auf, und es wurde wieder, wie einst, das Gutsland mit bäuerlichem Inventar bestellt.

Im russischen Bauern, der außerdem seine 135 Millionen Hektar Bauernland zu bestellen hat, liegt also der Schwerpunkt der russischen Landwirtschaft. Dieser Bauer stand nach seiner Befreiung den Verhältnissen gänzlich unvorbereitet gegenüber. Bis dahin hatte der Gutsherr vorwiegend Naturalabgaben und Fronden bezogen, jetzt forderte der Staat Geld. Dies setzte einen Grad geldwirtschaftlicher Entwicklung voraus, den der Bauer nicht hatte. Gegenüber der bäuerlichen Naturalwirtschaft und dem niedrigen Stande der Technik, wie er von der Leibeigenschaft herübergekommen war, erreichten, ja überstiegen die Ablösungszahlen vielfach die Erträgnisse des Grund und Bodens. Dieses Mißverhältnis wurde noch durch zwei Umstände vergrößert, die es dem Bauern erschwerten, sich aus den auf ihn gekommenen Verhältnissen loszuarbeiten: seine

geistige Natur selbst als eines gewesenen Leibeignen, und die Form seines Landbesitzes, der nicht Privatbesitz, sondern — in 34 Gouvernements — Gemeindebesitz ist. Dieser Gemeindebesitz erleichtert, von seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung abgesehen, dem Staat die Eintreibung der Steuern (Grundsteuer und Ablösungsgelder), für die die Gemeinde in ihrer Gesamtheit haftbar ist. Die Regierung hält sich also nur an den Gemeindeältesten und entsendet ihre Steuerbeamten unmittelbar nach Eingang der Ernte; sie ermöglicht zwar dadurch der Gemeinde einerseits meist die sofortige Zahlung überhaupt (soweit genug Getreide geerntet ist), veranlaßt aber andererseits den Bauern, mehr — dazu unter Preisdruck — zu verkaufen, als er mit Rücksicht auf seinen Verbrauch und die künftige Aussaat eigentlich dürfte. Es kommt dann oft zu der wunderlichen Erscheinung, daß die Regierung im Frühjahr für die Notstandsgebiete Getreide zu weit höherem Preise kaufen muß, als es der Bauer seinerzeit verkauft hat, um es diesem, wenn er infolge Hungers zusammengebrochen ist, durch Schenkung wieder zukommen zu lassen. Der Bauer empfindet aber wegen seiner aus dem Landbesitz hervorgehenden Haftbarkeit für die Steuer diesen mehr als eine drückende Pflicht, als als ein Recht; das Recht am Besitz kommt einer gesund naiven Auffassung eben erst zum Bewußtsein, wenn im Bewirtschaftungskonto das Haben höher ist als das Soll. Oft genug sucht sich der russische Bauer dieser Landspflicht durch die Flucht zu entziehen, indem er seinen drückenden Besitz gern preisgibt.

Da außerdem der Acker in den meisten Gemeinden des Schwarzerdegebiets nach einer kürzern oder längern Reihe von Jahren neu umgeteilt wird, hält es der Bauer für zwecklos, Meliorationen vorzunehmen, die doch nicht ihm, sondern seinem Nachfolger im Besitz zu gute kommen würden. Stillstand in der technischen Bearbeitung, vermehrter Anbau (zur Steueraufbringung) und Raubbau ohne Düngung ist die Folge. Damit ist ein allgemeiner Rückgang der Landwirtschaft eingetreten, der sich in den periodisch seit Anfang der achtziger Jahre wiederkehrenden Mißernten, in stetiger Verringerung der Bodenerträge, des Viehstandes und des Volkswohlstandes kundgibt. Der Durchschnittsertrag für den Hektar stellte sich für die Jahre 1887 bis 1899 nur auf zehn Zentner, während er in Deutschland 22 Zentner, in Frankreich 23 und in Nordamerika 25 Zentner betrug.

Der Viehbestand stellte sich 1899 auf 100 Hektar:

	in Deutschland	in Rußland
Pferde . . .	28	27
Rindvieh . . .	132	41
Schafe . . .	78	61
Schweine . . .	102	15

Der Rückgang des Viehbestands in Rußland ergibt sich aus folgender Tabelle:

	Es waren vorhanden:		auf 1000 Einwohner kommen:	
	1888	1889	1888	1890
	Millionen	Stück	Stück	Stück
Pferde . . .	20,9	18,4	223	177
Rindvieh . . .	27,9	27,7	297	267
Schafe . . .	48,2	41,4	515	399
Schweine . . .	10,8	10,7	115	103

Zur Besserung dieses Zustandes und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion sind Mittel der verschiedensten Art von Russen und Ausländern vorgeschlagen worden; folgende erscheinen mir als die geeignetsten: 1. Übergang vom Gemeinde- in den Privatbesitz, 2. Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer und Erlaß der landwirtschaftlichen Steuer, 3. Hebung des geistigen Niveaus des Bauern durch Errichtung von Schulen, durch landwirtschaftliche Belehrung in Form von Vorträgen, Versuchsanstalten, Musterwirtschaften usw., 4. Aufforstung weiter Gebiete.

Der Umwandlung der Besitzform soll Witte selbst nicht unsympathisch gegenüberstehn; aber er hat hierbei den Widerstand der russischen Ideologen, der Panlawisten und Slawophilen zu überwinden, die im Gemeindebesitz das Heil des Russentums sehen. Die technische Schwierigkeit wird dabei von vielen Seiten zu hoch angeschlagen; die Hälfte der Arbeit wäre durch den legislativen Akt der Erhebung der Besitzer zu Eigentümern schon gethan; die Verteilung der gemeinsamen Ländereien braucht ebenso wie die Streulegung durchaus nicht sofort in Angriff genommen werden.

Mit der Steuerreform würde sich Herr von Witte als anerkannt großer Finanzkünstler technisch abfinden, aber auch hier ist ein Widerstand der bisher unbesteuerten Beamten sowie sonst mit hohem Einkommen gesegneter Leute zu überwinden. Zu den unter 3 und 4 genannten Kulturaufwendungen gehört vor allem Geld, und das ist dafür nicht vorhanden, weil die staatlichen Ausgaben für andre Zwecke zu groß sind: Heer, Marine, Bahnbauten — Ausgaben, die notwendig waren zur Durchführung der russischen Weltmachtspolitik und es noch sind zur Erhaltung der Großmachtsstellung Rußlands. Den Einwand, daß Staat und Kirche daran interessiert seien, die Masse des Volks ungebildet zu erhalten, kann man nicht gelten lassen. Ein Einfallssthor für die Sozialdemokratie, was viele befürchten, würde durch eine Bauernbildung, die sich außer auf die elementarsten Fächer nur auf landwirtschaftlich-technische Fertigkeiten erstreckte, keinesfalls geöffnet werden. Von dieser Tendenz ist der russische Bauer sehr weit entfernt. So ist es bei den diesjährigen Bauernunruhen im Gouvernement Charkow vorgekommen, daß Bauern bei einer Ansammlung riefen: „Es lebe die Anarchie.“ Als aber einer rief: „Nieder mit dem Zaren,“ wurde er von den andern totgeschlagen. Die diesjährigen Bauernunruhen sind wohl ein Zeichen für den hohen Grad des Elends, das geherrscht haben muß, sodaß es den russischen Bauern aus seiner stoischen Apathie aufrütteln konnte, nicht aber der Anfang einer sozialdemokratischen Stimmung unter ihnen. Sobald der Staat für die Sättigung des Bauern sorgt, ist dieser auch weiterhin seine beste Stütze.

Allerdings steht die Regierung augenblicklich vor einem Dilemma: Soll sie den Bauern von nun an sich fassetzen lassen, also vorläufig auf Getreideausfuhr und damit auf ihre Weltpolitik verzichten — oder soll sie weiter exportieren und das Schwarzerdegebiet völlig ruinieren? Sie wird dies ja wohl vermeiden und trotzdem Getreide ausführen wollen; aber mag sie auch alle zur Hebung ihrer landwirtschaftlichen Produktion tauglichen Mittel anwenden: darüber ist nicht hinwegzukommen, daß Jahrzehnte bis zum Eintreten

des gewünschten Erfolges dahingehn werden. Bis dahin wird die Regierung wohl das ihrer Auffassung nach kleinere Übel wählen und — so lange es geht — auf Kosten der Volksernährung weiter Getreide ausführen; sie hat sich mit ihrer ganzen Politik so festgelegt, daß ihr kaum etwas andres übrig bleibt. Auf das neueste Hilfsmittel Wittes zur Erleichterung der Ausfuhr, die angestrebte internationale Preisbildung, komme ich später.

(Schluß folgt)



Marokko



ine augenscheinlich voreilige Nachricht aus S. Sebastian wollte, gestützt auf das Zeugnis einer angeblich hohen Persönlichkeit, wissen, das spanisch-französische Bündnis sei eine vollzogene Thatsache. Die Grundlagen seien beiderseits gut geheßen, doch noch nicht veröffentlicht worden, weil hinsichtlich Mahon und Ceuta die französischen Forderungen zu weit gingen. Die halb offiziöse Correspondencia glaubte, die Veröffentlichung werde nicht lange ausstehn. So weit ist es aber nun noch nicht, und die Sache ist von Madrid aus offiziös dementiert worden. Aber offenbar ist ein solcher Gang der Dinge im Bereich der Möglichkeit, und dabei verhält sich das deutsche Publikum in einer Gleichgiltigkeit, die nur verrät, wie wenig ihm die Tragweite dieser Angelegenheit klar geworden ist. Man läßt sich von dem Worte des Fürsten Bismarck, daß wir im Mittelmeer nicht interessiert seien, einlullen und bedenkt nicht, wie wenig Bürgschaft man dafür hat, daß der große Lenker der deutschen Politik bei der Verkündung dieser Ansicht einen längern Zeitraum als den Bereich des Berliner Kongresses im Auge gehabt hat, und ob das, was er öffentlich aussprach, die letzte Weisheit seiner tiefen Seele erschöpfte. Jedenfalls sind inzwischen Dinge eingetreten, die die Wichtigkeit der Mittelmeerpolitik und der freien Mittelmeerschiffahrt auch in Deutschland in ein ungemein helleres Licht stellen, als 1878 geahnt werden konnte.

Daß Deutschland keine Mittelmeerinteressen habe, weil es keinen Fußbreit Landes an seinen Ufern besitze, ist natürlich eine Simpelei. Hat denn England Mittelmeerinteressen, weil es Gibraltar und Malta besitzt, oder hat es diese Punkte besetzt und befestigt zum Schutze seiner Mittelmeerinteressen? Die Frage aufwerfen heißt sie beantworten. Seit dreißig Jahren geht aufs neue der Weltverkehr nach dem fernen Osten durch das Mittelmeer, und Deutschland beteiligt sich an diesem mit erfreulich wachsender Lebhaftigkeit. Ließen wir uns davon abdrängen, so ließen wir uns aus der Reihe der ersten Handelsnationen herausmanövrieren. Unser Vaterland hat inzwischen die Bahn der Kolonialpolitik beschritten, woran man 1878 noch nicht dachte; die Hälfte unsrer Besitzungen liegt jenseits des Suezkanals. Noch wichtiger als uns ist das freie Mittelmeer unsern Bundesgenossen Italien und Öster-